



Presseinformation

Nr. 219 / 2013

Gesundheit / Bundeseinheitlicher Basisfallwert

Kiel, Freitag, 3. Mai 2013

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Anita Klahn: Das ist viel zu wenig

Zur Bundesratsinitiative zur Krankenhausfinanzierung und den Äußerungen von Landesgesundheitsministerin Kristin Alheit erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„An der Bundesratsinitiative zur Krankenhausfinanzierung, an der sich unser Land beteiligt, fällt vor allem eine Sache auf: Das Thema bundeseinheitlicher Basisfallwert kommt gar nicht darin vor. Die amtierende Landesregierung schließt sich einer Initiative an und schafft es nicht einmal, die zentrale Forderung Schleswig-Holsteins, die seit Jahren parteiübergreifender Konsens ist, in den Bundesratsantrag hinein zu verhandeln. Das ist viel zu wenig. So wird den Krankenhäusern in unserem Land nicht geholfen.“

Es sei daran erinnert, welche Länder zuletzt gegen den einheitlichen Basisfallwert gestimmt haben. Das waren unter anderem das rot-grün regierte Bremen, das rot-grün regierte Rheinland-Pfalz, das rot regierte Hamburg und das grün-rot regierte Baden-Württemberg. Anstatt die Bundesregierung zu kritisieren, die beachtliche 1,1 Mrd. Euro für die Krankenhäuser bereitstellt und so den Krankenhäusern erheblich hilft, sollte Ministerin Alheit vor ihrer eigenen Haustür aufräumen und endlich anfangen, ihre A-Länder Kolleginnen und Kollegen zu überzeugen, damit diese nicht länger einen bundeseinheitlichen Basisfallwert blockieren.“